

Die wehrhaften Alten sind die Zukunft der Jungen!



An die jungen Rentenbeitragszahler

Warum wendet sich das Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V. an Sie?

Antwort: Weil die Politik versucht mit Halbwahrheiten, Unwahrheiten, einem Feuerwerk von Desinformation und einem Zahlenjojo ihre eigene Unfähigkeit in den solidarischen Sozialsystemen mehr oder weniger den Alten anzulasten. So macht man kurzerhand die Opfer zu Tätern. Die Politik baut auf die Unwissenheit, Trägheit und Manipulierbarkeit großer Teile unserer Bevölkerung. Gegen Gleichgültigkeit und Trägheit können auch wir nichts tun. Ein solches Verhalten hat, sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart, erst ermöglicht, dass vor der eigenen Haustür als auch weltweit, viele soziale Ungerechtigkeiten bis hin zu schlimmen politischen Exzessen stattfinden konnten und können. Was **BRR** tun möchte ist, über die wahren Hintergründe in den Altersversorgungssystemen aufzuklären und so der Manipulierbarkeit entgegen zu treten. Informierte Bürger lassen sich nicht mehr alles gefallen und denken auch bei Wahlen mit.

Als Jugendlicher kann man sich nur schwer vorstellen, dass man selber einmal zu den Alten gehören wird. Dafür brauchen Sie aber nichts zu tun, Sie müssen nur lange genug am Leben bleiben. Oder anders ausgedrückt, wer nicht alt werden will muss früh sterben. Irgendwann müssen Sie sich also um Ihr Alter kümmern oder andere werden das für Sie tun - aber nicht in Ihrem Sinne. Denn jede heutige Rentenkürzung und Nichtanpassung der Renten an die Inflationsrate verschlechtert die Effizienz Ihrer Rentenbeiträge! Warum soll auch eine Bundesregierung, die nicht einmal in der Lage ist ihren eigenen Haushalt schuldenfrei zu führen, Ihre Beitragsgelder in der Behörde Deutsche Rentenversicherung Bund, ehrlich und effizient verwalten? Bei einer Privatversicherung würden Sie eine derartige Altersversorgung nicht hinnehmen. Übrigens, die Pensionäre tun das auch nicht.

Ihre jugendliche Unbekümmertheit und teilweise auch Ihre Unerfahrenheit werden systematisch ausgenutzt. So wird Ihnen heute überwiegend der Generationenvertrag, der nicht von Ihnen und auch nicht von uns erfunden wurde, so dargestellt, als wenn wir, die Alten, heute auf Ihre Kosten leben würden. Dies entspricht nicht der Wahrheit!

Wahr ist, dass seit 1957 die gesetzliche Rentenversicherung mit Verpflichtungen der Allgemeinheit belastet wird und seit 1960 reichen die dafür vom Bund geleisteten Zahlungen nicht aus. Die gesetzliche Rentenversicherung subventioniert somit seit Jahrzehnten den Bundeshaushalt und nicht umgekehrt! Früher mit unseren und heute mit Ihren Beitragsgeldern. So wurden der Rentenkasse bis heute ca. 632 Mrd. Euro versicherungsfremd entwendet und nicht durch Steuergelder ausgeglichen. Zur Größenordnung, dies entspricht zwei kpl. Bundeshaushalten die so nur mit Rentenbeitragsgeldern finanziert wurden. Dies ist die wahre Belastung und die wahre Generationenungerechtigkeit im Rentensystem, für Sie als Beitragszahler und für uns als Rentnerinnen oder Rentner.

Es kommt aber noch besser: Die Politik, die den Generationenvertrag für gut und richtig hält und auf die erforderliche Solidarität hinweist, hält von diesem Solidarsystem für sich und ihre Beamtenschaft offensichtlich nicht viel. Deshalb hat man für diese Interessens Klientel eine eigene, bessere und steuerfinanzierte Parallelversorgung aufgebaut. Dies bedeutet faktisch ein Zwei-Klassen-Recht von solidarisch und unsolidarisch Versicherten in dem für die Einen nicht gilt was für die Anderen selbstverständlich ist.

In der gesetzlichen Rentenversicherung gelten danach unter anderem das Vertragsrecht, die Zweckbindung der Beiträge und das Rechtsstaatsprinzip nicht. Im privaten Versicherungsrecht und im Beamtenversorgungsrecht achtet dagegen das Bundesverfassungsgericht sehr sorgfältig auf die Einhaltung der Grundrechte.

Seit 1978 ist keine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Thema Rentenhöhe oder Rentenanspruch bekannt, in der die Karlsruher Richter nicht der „Gestaltungsfreiheit“ des Gesetzgebers einen höheren Verfassungsrang gegeben hätten als elementaren Grundrechten der betroffenen Arbeitnehmer und Rentner. Die Begründung hierfür stammt nicht aus dem Mittelalter sondern aus 2007 und lautet:

Für Arbeitnehmer und Rentner gelten bei der Altersversorgung nicht die gleichen Rechte wie für andere Bürger. Zwischen Arbeitnehmer und Rentner einerseits und anderen Bürgern andererseits bestehen Unterschiede von solcher Art und solchem Gewicht, dass die unterschiedliche Behandlung gerechtfertigt ist.

(nachzulesen u.a. in der Entscheidung vom 27.02.2007 – 1BvL 10/00, Abs. 53 und 70)

In den solidarischen Versicherungen werden positiv besetzte Begriffe wie Solidarität und Nachhaltigkeit missbraucht und damit die Generationen gegeneinander ausgespielt. Mit aller Macht wird ein Generationenkonflikt konstruiert, um den wahren Konflikt zwischen solidarisch und unsolidarisch Versicherten zu verschleiern.

Wir hoffen Sie mit unserem Schreiben sensibilisiert zu haben für die wahren Missstände in unserem Sozialsystem. Bei Interesse senden wir Ihnen gerne weitere Informationen zu diesem Thema und zu unserer Vereinsarbeit zu. Vergessen Sie nicht:

**Die Rentner von heute waren die Beitragszahler von gestern
und
die Beitragszahler von heute sind die Rentner von morgen!
Was also soll uns trennen?**